

Was sagt die Frankfurter CDU-Fraktion zum Thema ...

„Bahnhofsviertel“?

Unsere Forderungen:

1. Frankfurt muss sich den Problemen und Herausforderungen im Bahnhofsviertel stellen. Es gilt, die Sicherheit und Sauberkeit zu erhöhen und gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen zu ergreifen. Der offenen Drogenszene muss entgegengewirkt werden.
2. Der Frankfurter Weg in der Drogenpolitik muss weiterentwickelt werden. Nach dem Züricher Modell „Sicherheit Intervention Prävention (sip züri)“ muss eine Einheit aufgebaut werden, die aufsuchende Sozialarbeit und Ordnungsdienst kombiniert.
3. Nötig ist außerdem ein konsequentes Vorgehen gegen Drogendealer und die hinter ihnen stehenden kriminellen Strukturen, welche sich auf Kosten der Gesundheit von Menschen bereichern.

Unsere Haltung:

- Die angespannte Situation im Bahnhofsviertel hat sich im Zuge der Corona-Pandemie weiter verschärft. Durch neue Dealergruppen, mehr Drogenabhängige und ein verändertes Konsumverhalten sind die Erfolge der Frankfurter Drogenpolitik verloren gegangen. Der Fokus muss auf allen Menschen, die im betroffenen Quartier leben, arbeiten oder zeitweise unterwegs sind, liegen. Den Drogenabhängigen ist ein lösungsorientiertes, den aktuellen Herausforderungen entsprechendes Hilfsangebot zu machen, das von der niederschweligen Beratung bis zur abstinentenzgestützten Behandlung mit mehr Therapieplätzen reicht.
- Die Arbeit von Polizei und Stadtpolizei muss besser mit der Sozialarbeit der Drogenhilfe vernetzt werden. Das Modell „(sip züri)“ hat dazu geführt, dass Probleme nicht mehr in einem Maße wie in Frankfurt auftreten. Sip züri unterstützt soziale Einrichtungen und ist auf Straßen und Plätzen unterwegs. Aufsuchende Sozialarbeit und Ordnungsdienst können so sinnvoll kombiniert werden.
- Im Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität ist ein effektives Zusammenwirken von Polizei, Gerichten und Staatsanwaltschaft nötig. Beschleunigte Verfahren, Einziehung sichergestellter Gelder, Videoüberwachung und ein entschiedenes Vorgehen gegen gewerbsmäßige Rauschgiftkriminalität sind die zentralen Bausteine, um die Situation zu verbessern. Wir wollen, dass sich alle Bürger auf Straßen und Plätzen und zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher fühlen.
- Ein entschiedenes Vorgehen gegen Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschenhandel ist notwendig. Sperrbezirke müssen regelmäßig überprüft werden. Die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes muss gewährleistet sein. Besonders schutzbedürftige Gruppen müssen im Fokus stehen. Beratungszentren und Anlaufstellen für Aussteigerinnen brauchen eine ausreichend finanzielle Ausstattung.

(13. Juli 2022)